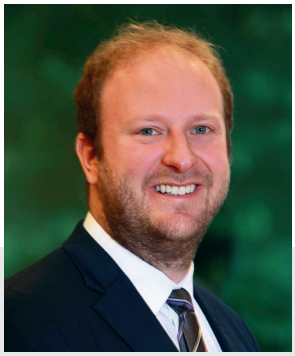
SHLKT Schleswig-Holsteinischer Landkreistag

4/2021



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Kreistagsabgeordnete,

die Sommerpause steht unmittelbar bevor. Und die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Corona-Pandemie lassen uns optimistischer auf den Sommer, aufgrund des Impffortschritts aber auch auf den kommenden Herbst blicken. Vor diesem Hintergrund besteht berechtigte Hoffnung, dass die Durchführung der Mitgliederversammlung am 4. Juni erneut im digitalen Format die letzte dieser Art war und die Gremien des Landkreistages zukünftig wieder in Präsenz zusammenkommen können.

Die Pandemie ist aber, trotz der Inzidenzen „< 10", keineswegs vollständig überwunden – und damit bleiben auch Aufgaben der Kommunen und insbesondere der Kreise. Derzeit ist dies vor allem die Begleitung und Unterstützung der Impfkampagne des Landes, zum Beispiel durch Impfaktionen in Quartieren mit besonders hohen Inzidenzen, oder offenen Impfaktionen, um die dänischen Astra-Zeneca-Dosen schnell und gezielt zu verimpfen. Parallel bleiben natürlich die Überwachung der weiterhin bestehenden Vorgaben des Landes und die Kontaktnachverfolgung als Aufgaben präsent und fordern weiterhin vor allem die Gesundheitsämter der Kreise und kreisfreien Städte.

Umso wichtiger ist, dass die Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst seitens des Landes auch mit konkreten Zusagen hinterlegt wird. Im Pakt haben die Bundesländer und der Bund im vergangenen Jahr unter anderem einen Stellenaufwuchs für die Gesundheitsämter vereinbart, ohne die Kommunen einzubinden. Für Schleswig-Holstein bedeutet dies die Schaffung von fast 50 unbefristeten Stellen noch im Jahr 2021 sowie von weiteren 100 Stellen bis zum Jahr 2023. Angesichts von Fachkräftemangel und Wettbewerb mit anderen Akteuren im Gesundheitsbereich lässt sich das erforderliche Personal ohne langfristige Planungssicherheit sicher nicht finden. Die Landesregierung ist also aufgefordert, zu den Ankündigungen des Paktes zu stehen und die für richtig gehaltene nachhaltige Stärkung auch umzusetzen und finanziell zu hinterlegen.

In diesem Sinne bleibt vor allem, Ihnen und Euch einen erholsamen und weitgehend „normalen" Sommer zu wünschen.

Herzlichst Ihr

Dr. Sönke E. Schulz

Inhalt

Editorial 1

Mitgliederversammlung 1/2021: Austausch mit dem Gesundheitsminister. . . . 2

IB.SH kooperiert mit EIB und Europäischer Plattform für Investitionsberatung 4

Kurznachrichten 5

Termine 5

Herausgeber: Schleswig-Holsteinischer Landkreistag | Reventlouallee 6 | 24105 Kiel | Tel 0431 / 570050-10 | Fax 0431 / 570050-20 | info@sh-landkreistag.de

Gestaltung und Satz: Stamp Media GmbH | Agentur für Kommunikation & Design | Medienhaus Kiel | Ringstraße 19 | 24114 Kiel | www.stamp-media.de

MITGLIEDERVERSAMMLUNG 1/2021: AUSTAUSCH MIT DEM GESUNDHEITSMINISTER

Am 4. Juni hat die erste Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages im Jahr 2021 digital getagt. Neben den elf Kreispräsidentinnen und Kreispräsidenten und den Landrätinnen und Landräten gehören der Mitgliederversammlung weitere 39 Kreistagsmitglieder an. Bei sehr großer Präsenz fand zunächst ein ausführlicher digitaler Austausch mit Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg (FDP) statt. Naturgemäß standen die Corona-Pandemie und die Bewältigung in Schleswig-Holstein im Mittelpunkt. Der Gesundheitsminister konnte anhand verschiedener Parameter darstellen, dass und warum Schleswig-Holstein vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen ist. Er betonte dabei die gute Zusammenarbeit mit den Kreisen, Städten und Gemeinden in Schleswig-Holstein bei ganz vielen unterschiedlichen Themen – Aufbau von Impfzentren, Durchsetzung der Vorgaben der Verordnung, Durchführung von Modellprojekten und vieles mehr.

Der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager (CDU), dankte der Landesregierung ebenfalls für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Pandemiebewältigung: „Dass Schleswig-Holstein vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen ist, ist vor allem dem Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern der Kreise und Städte zu verdanken. Das Gesundheitsministerium steht immer an der Seite der kommunalen Behörden und die Kreise wissen die kollegiale Zusammenarbeit und Unterstützung – auch bei Differenzen im Einzelfall – sehr zu schätzen."

Die Delegierten nutzen die Anwesenheit des Gesundheitsministers nicht allein zu zahlreichen Nachfragen zur Corona-Pandemie und den aktuellen Themen, wie zum Beispiel der Aufhebung der Impfpriorisierung, sondern betonten auch die Bedeutung der kommunalen Gesundheitsinfrastrukturen. Dies habe die Pandemie eindrucksvoll gezeigt. Neben der nachhaltigen Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes muss sich die Politik nun vermehrt den Krankenhäusern im Land zuwenden und eine flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum sichern. Hierzu fassten die Delegierten in der Mitgliederversammlung einstimmig nachstehenden Beschluss.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst im Allgemeinen und eine flächendeckende Krankenhausversorgung im Besonderen sind unstrittig wichtige Elemente der Daseinsvorsorge. Dieses haben die Erfahrungen der vergangenen Monate eindrucksvoll belegt. Die vor der Pandemie bereits bundesweit geführte Strukturdebatte im Krankenhausbereich in Richtung einer stärkeren Zentralisierung und einer Reduzierung der Zahl der Kliniken kann dabei nicht die Antwort sein. Vielmehr muss mit der Zielrichtung einer guten flächendeckenden stationären Versorgung auch den Bedürfnissen der Menschen im ländlichen Raum angemessen Rechnung getragen werden.

Alle weiteren Maßnahmen setzen ein klares Zielbild für die Krankenhausstruktur in Schleswig-Holstein voraus. Das Land Schleswig-Holstein wird aufgefordert, den vor der Pandemie begonnenen Diskussionsprozess ergebnisoffen wieder aufzunehmen, alle Beteiligten transparent einzubinden und wo erforderlich externe Expertise einzuholen.

Die Kreise in Schleswig-Holstein sehen es als notwendig an, mit öffentlichen Investitionsmitteln zunächst und vorrangig eine flächendeckende Krankenhausgrundversorgung auch im ländlichen Raum sicherzustellen. An diesem Ziel haben sich zukünftige Investitionsentscheidungen auszurichten.

Daher löst die vom Land einseitig initiierte Neuausrichtung der Investitions-förderung perspektivisch das bestehende Finanzierungsproblem im Investitionsbereich nicht, sondern verschiebt dieses nur in die Zukunft. Jede Neuausrichtung setzt ein gemeinsames Zielbild aller Beteiligten voraus.

Gleiches gilt für eine bloße Aufstockung der Mittel, wie sie das Land im vergangenen Jahr über den Nachtragshaushalt vorgenommen hat. Nach Auffassung der Kreise in Schleswig-Holstein ist vielmehr eine grundlegende Änderung der Investitionsfinanzierung

unabdingbar. Dabei ist eine Einbindung des Bundes oder ein deutlich stärkeres finanzielles Engagement des Landes anzustreben. Die gemeinsame Finanzierungsverantwortung gebietet, dass Entscheidungen des Landes, die aufgrund einer gesetzlichen Kofinanzierungspflicht Auswirkungen auf die Kreishaushalte haben, einvernehmlich mit den Kreisen getroffen werden.

Die Gesundheitsversorgung gerade im stationären Bereich wird auch als Folge des Pandemiegeschehens künftig stärker in den Fokus rücken. Das Gesundheitsministerium wird daher nachdrücklich gebeten, in Abstimmung mit den Kommunalen Landesverbänden ein Gremium einzurichten, in dem ein kontinuierlicher Austausch zwischen Land und Kommunen als gemeinsame Aufgabenträger über die Krankenhausversorgung und -finanzierung stattfindet. Diesem Gremium kommt in einem ersten Schritt die Aufgabe zu, den erforderlichen Zielbildprozess zu strukturieren, zu begleiten und Ergebnisse zu erarbeiten.

Abschließend äußerte Reinhard Sager im Austausch mit dem Gesundheitsminister mit Blick auf die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes deutliche Kritik an der Landesregierung. Im Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst hätten die Bundesländer und der Bund im vergangenen Jahr einen Stellenaufwuchs für die Gesundheitsämter vereinbart, ohne die Kommunen einzubinden und am Ende eine belastbare Finanzierung nur bis ins Jahr 2026 zugesagt. „Wenn man nun von den Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein die Schaffung von fast 50 unbefristeten Stellen noch im Jahr 2021 sowie von weiteren 100 Stellen bis zum Jahr 2023 fordert, ohne zu sagen, wie diese ab 2027 finanziert werden sollen, ist dies unredlich." Angesichts von Fachkräftemangel und Wettbewerb mit anderen Akteuren im Gesundheitsbereich ließe sich das erforderliche Personal ohnehin nur schwer finden. „Ohne Planungssicherheit geht es nicht. Wir fordern die Landesregierung auf, zu den Ankündigungen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu stehen und gemeinsam eine nachhaltige Stärkung in diesem wichtigen Aufgabenbereich auch umzusetzen." Schließlich hätten sich die Länder im Pakt gegenüber dem Bund verpflichtet, die Finanzierung des Personalaufwuchses über das Jahr 2026 hinaus zu verstetigen.

Das Land werde nicht müde, zu betonen, dass man keine konkreten Verpflichtungen für den Landeshaushalt ab 2027 eingehen könne. „Aber genau dies verlangt man explizit von den Kreisen und Städten in Form der Schaffung unbefristeter Stellen. Eine faire Lastenteilung sieht anders aus!", so Sager abschließend.

LOKALE INVESTITIONSBERATUNG FÜR KOMMUNEN: IB.SH KOOPERIERT MIT EIB UND EUROPÄISCHER PLATTFORM FÜR INVESTITIONSBERATUNG

VON PATRICK WOLETZ, INVESTITIONSBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) beteiligt sich als schleswig-holsteinische Netzwerkpartnerin an der Europäischen Plattform für Investitionsberatung (EIAH). Einen entsprechenden Vertrag haben die Europäische Investitionsbank (EIB) und die IB.SH im Mai 2021 unterzeichnet. Danach bietet die IB.SH Kommunen eine kostenlose Beratung bei Infrastrukturprojekten, integrierter Quartiersentwicklung sowie Energie- und Klimaschutzvorhaben an.

Mit der geförderten Beratung will die IB.SH schleswig-holsteinische Kommunen unterstützen, nachhaltige und finanziell tragfähige Projekte vorzubereiten und umzusetzen sowie dafür Förder- und Finanzierungsmittel zu akquirieren. Zudem soll der Wissensaustausch und Kompetenzaufbau bei den Kommunen gefördert werden.

„Mit dem Beratungsangebot wollen wir unsere Kommunen in den Bereichen öffentliche Infrastruktur, Energie und Klimaschutz sowie integrierte Stadt- und Landentwicklung fördern. Mit den Fachleuten aus dem IB.SH Infrastruktur-Kompetenzzentrum sowie aus der Quartiersentwicklung und der Energieagentur der IB.SH können wir den Kommunen für ihre Projekte eine kompetente Unterstützung anbieten", sagte der Vorstandsvorsitzende der IB.SH, Erk Westermann-Lammers.

Die folgenden Ziele werden mit der geförderten Projektberatung verfolgt:

- Transparenz bei Investitionsentscheidungen schaffen
- Bewusstsein für nachhaltige Beschaffung und den Lebenszyklusansatz stärken
- Ressourcen optimal nutzen und Energieeffizienz fördern
- Projekte auf die demografische Entwicklung ausrichten

Mit dem Beratungsangebot können sich Kommunen von der IB.SH unterstützen lassen bei:

- Bedarfsanalyse, Konzeptentwicklung und Machbarkeitsstudien
- Bewertung von Finanzierungspotenzial und Einbindung von Fördermitteln
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Szenarioanalysen u.ä.
- Vorbereitung und Durchführung von Vergabeverfahren
- Schulungen, Workshops und Informationsveranstaltungen

Die Europäische Plattform für Investitionsberatung (EIAH) https://eiah.eib.org/ ist eine gemeinsame Initiative der EIB und der EU-Kommission und Teil der Investitionsoffensive für Europa. Die Plattform ist eine zentrale Anlaufstelle für umfassende Beratungsleistungen und technische Hilfe. Sie hilft dabei, Projekte in der Europäischen Union zu identifizieren, vorzubereiten und zu entwickeln. Der Aufbau von Partnerschaften in ganz Europa ist eine Priorität des EIAH. Die Plattform unterstützt nationale Förderbanken und -institutionen dabei, ihre Beratungskapazitäten auszubauen und so Investitionen vor Ort zu stärken.

Die IB.SH berät, fördert und finanziert Unternehmen, Privatpersonen, Kommunen und öffentliche Einrichtungen in Schleswig-Holstein. Als zentrales Förderinstitut des Landes setzt sich die IB.SH für Wachstum, Fortschritt und dauerhaft gute Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein ein.

Weitere Informationen zur Investitionsberatung und Ansprechpartner der IB.SH sind unter dem nachfolgenden Link zu finden: https://www.ib-sh.de/infoseite/beratungsplattform-european-investment-advisory-hub-eiah/

KURZNACHRICHTEN

„Grün in der Stadt – aktuelle Probleme und Problemlösungen" – Fachsymposium am 02.09.2021 in Ellerhoop

Die Sommer-Florum 2021 – das Forum für Grünes Fachwissen – richtet sich mit ihren Fachthemen an Garten- und Landschaftsbauer, Landschafts- und Städteplaner sowie Fachpersonen in den kommunalen Verwaltungen. In Florum integriert findet erstmalig das Fachsymposium „Grün in der Stadt" statt. Der Fokus der Veranstaltung liegt auf den notwendigen Anpassungen an den Klimawandel und behandelt Themen wie „Die resiliente Stadt im Klimawandel", „Gehölzwahl im Klimawandel" aber auch naturschutzrechtliche Fragestellungen zu gebietseigenen Gehölzen nach § 40 BNatSchG bzw. zu Klimawandelbäumen und möglichen Auswirkungen auf die Biodiversität. Nähere Informationen finden Sie unter www.florum.sh. Die kommunalen Landesverbände sind Partner der Veranstaltung.

Partner fürs Klima gesucht?

Sie wollen etwas fürs Klima tun und dabei möglichst Ihre Kosten senken? Unsere Spezialisten haben die richtigen Lösungen für Ihr Unternehmen oder Ihre Kommune. Übrigens: Wir nutzen die Lösungen auch bei uns selbst, weil wir als Unternehmensgruppe bis 2030 klimaneutral werden wollen.

Hanse Werk

Mehr Energie. Weniger CO_2

Land stattet Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten aus

Ende August letzten Jahres haben Bund und Länder verabredet, dass der Bund Fördermittel für die Beschaffung schulgebundener digitaler Endgeräte für Lehrkräfte in Höhe von 500 Mio. Euro bereitstellt. Eine entsprechende Zusatzvereinbarung zum DigitalPakt Schule haben Bund und Länder Ende Januar 2021 unterzeichnet. Die Landesregierung hat im Mai entschieden, unter Einbeziehung dieser Fördermittel und der Bereitstellung weiterer Landesmittel alle Lehrkräfte in Schleswig-Holstein mit einem digitalen Endgerät auszustatten. Insgesamt stehen dafür vier verschiedene Geräte zur Auswahl, die die Schulen nach Abstimmung mit dem Schulträger über Dataport bestellen können. Die weitere Umsetzung, insbesondere die Einbindung der Geräte in die IT-Infrastruktur vor Ort, soll mit den Schulträgern erörtert werden. Zu berücksichtigen ist, dass aufgrund von Lieferengpässen die Auslieferung der Endgeräte an die Schulen mehrere Wochen dauern kann.

TERMINE

JUNI

Di./Mi., 22./23.06.
DLT Präsidium, Landkreis Trier-Saarburg

JULI

Fr., 09.07.
DLT-Jahrestagung, Timmendorfer Strand

AUGUST

Mi., 11.08., 10.00 Uhr
Landräterunde 6/2021, Kiel

Mi., 11.08., 15.00 Uhr
Kreispräsidententreffen 2/2021

Alle Termine für 2021 finden Sie unter:
www.sh-landkreistag.de/aktuelles/termine/